

Auszug aus einem Brief an die US-Botschaft in Bern vom 6. Juni 2023

Vorschlag für eine mögliche Problemlösung

In der Geschichte gab es mehrere Zeitpunkte, zu welchen die Vertreter unterschiedlicher Staaten an einen Tisch kamen und sich über eine Lösung, eine neue Ordnung und neue Regeln geeinigt haben: Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Westfälischen Frieden, der Wiener Kongress, die Konferenz von Jalta, die Potsdamer Konferenz sind dafür gute, mit dem tatsächlichen Ausmass der aktuellen Konfrontation durchaus vergleichbare Beispiele. Jedes Mal stand einer solchen Übereinkunft ein Flächenbrand und ein enormes Blutbad bevor. Man sagt, dass auch der aktuelle Konflikt irgendwann am Verhandlungstisch enden wird. Mir stellt sich jedoch die Frage, ob die offensichtlich bevorstehende Eskalation und die volle Entfaltung des Flächenbrands sowie eine maximale Erschöpfung der beteiligten Konfliktparteien unbedingt abgewartet werden müssen, damit man mit den Verhandlungen beginnt. Ist uns ein Menschenleben in unserer modernen Wertewelt genau so viel wert wie dies im 17. Jahrhundert der Fall war? Auch im Hinblick auf die den Konfliktparteien aktuell zur Verfügung stehenden Waffen habe ich Bedenken, dass wir überhaupt in der Lage sein werden, diesen „richtigen“ Zeitpunkt lebend zu erreichen. Das aktuelle Verhalten der Politiker auf dem internationalen Parkett lässt leider bei dieser Frage nicht unberechtigte Zweifel aufkommen.

Verhandlungen

Eine immer wieder von den Philosophen gelobte, wertvolle Eigenschaft der westlichen Zivilisation ist der offene und konstruktive Umgang mit der Wahrheit und den Fehlern. In meinem Appell an Sie hoffe ich auf diese Offenheit und möchte Sie bitten, die aktuell Ihrem Land zur Verfügung stehende, in ihrem Ausmass immer noch einzigartige Macht nicht zur Verschärfung der Konfrontation, sondern friedensstiftend zur *Initiierung eines Verhandlungsprozesses* zur Lösung akuter Konflikte und zur Erarbeitung der an die aktuellen Realien angepassten, von allen Staaten akzeptierten, stabilen Regeln für die neue wirtschaftliche und politische Weltordnung. Ein möglicher Ort für die Aufgleisung dieses Prozesses könnte z.B. die Stadt Genf sein, die über eine hervorragende internationale Infrastruktur verfügt. Es wäre für alle Seiten vom Vorteil, über die Vermeidung eines neuen Weltkriegs und nicht über das Aufräumen der Glasscherben verhandeln zu dürfen. Ich bin überzeugt, dass eine solche Initiative auch innenpolitisch für die aktuelle Regierung in Ihrem Land vom Vorteil wäre. Die aktuelle militärische Stärke der USA muss nicht zwangsläufig in Form direkter Konfrontationen ausgelebt werden, sondern kann bestimmt durch Verhandlungen im Interesse aller Betroffener in wirtschaftliche Vorteile umgewandelt werden, die zum Wohle der Bevölkerung der USA den von Ihrem Land angestrebten Reindustrialisierungsprozess begünstigen könnten. In keinem der Grossmächte ist die Bevölkerung an einer militärischen Konfrontation interessiert. Menschen sind verhandlungsfähig und kompromissbereit, besonders wenn sie ihre oft unberechtigte Angst voneinander überwinden können. Auch für die potenziellen Profiteure militärischer Konfliktlösungen, die in den entsprechenden Branchen investiert sind, würden die langen Zermübungskriege, die eine Fließbandproduktion des Kriegsmaterials erforderlich machen, vermutlich deutlich schlechtere Gewinnmargen mit sich bringen als Investitionen in hochtechnologische Branchen im militärischen und zivilen Bereich.

Zur Lösung des Konflikts rund um die Ukraine müssen Wege gefunden werden, die nicht eine temporäre Aufschiebung der Probleme, sondern eine dauerhafte und für alle Konfliktseiten akzeptable Lösung ermöglichen würden. Ich hätte dazu folgende Ideen.

Transformation der NATO

Man sollte anerkennen, dass die Präsenz der US-amerikanischen Streitkräfte und Militärbasen in dem Kontinentaleuropa der Erarbeitung einer stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur nicht nur nicht förderlich ist, sondern insbesondere von Russland – aufgrund seiner Erfahrungen völlig berechtigterweise – als eine grosse Gefahr gesehen wird. Die Gründe für die US-Kontrolle über diese Region sind mit der Entwicklung stabiler Demokratien, Überwindung ideologischer Diskrepanzen und der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation schon lange nicht mehr gegeben. Die Kosten für die USA sind nicht unerheblich, und die Stimmen nach einer gewünschten Emanzipierung von den USA werden in Europa immer lauter. Selbst aus der geopolitischen Optik scheint momentan die von den amerikanischen Geostrategen oft thematisierte und befürchtete Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Deutschland und Russland sehr unrealistisch zu sein.

Um den Sicherheitsbedürfnissen der europäischen Staaten Rechnung zu tragen, könnte anstelle der bisherigen Struktur eine EU-Verteidigungsallianz gegründet werden. Aufgrund einer grösseren Ähnlichkeit der Sicherheitsinteressen von Russland und dem Kontinentaleuropa sowie gemessen an der aktuellen wirtschaftlichen Stärke der Beteiligten, wäre diese Allianz deutlich weniger problematisch, solange sie keine engen Kooperationen mit den Militärstrukturen auf anderen Kontinenten eingehen würde. Für eine selbständige Wahrnehmung der Verteidigungsaufgaben wären in der EU Investitionen und Ausbau der militärischen Infrastruktur erforderlich. Die US-amerikanischen NATO-Experten könnten in diesen Projekt als Berater einbezogen werden.

Lösung für die Ukraine

Natürlich wäre eine bewaffnete Neutralität nach dem Schweizer Muster von Anfang an die beste Sicherheitsstrategie für die Ukraine gewesen. Es ist jedoch sehr verständlich, dass die Bevölkerung der Ukraine aktuell durch die Folgen der von Russland initiierten militärischen Konfliktlösungsversuche deutlich höhere Sicherheitsbedürfnisse haben kann. Der beste Weg für die Ukraine in diesem Fall wäre eine Aufnahme des Staates in die neue EU-Verteidigungsallianz. Ausserdem könnte eine militärische Emanzipierung der EU auch dazu führen, dass Russland vermutlich keine grossen Bedenken mehr bei Fragen der engeren Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU inkl. eines EU-Beitritts haben würde. Eine enge Kooperation der Ukraine mit der EU könnte der Ukraine auch helfen, ihre demokratischen Institutionen zu verbessern sowie ihre Position im Umgang mit den sprachlichen Minderheiten und dem kulturellen Erbe kritisch zu überdenken.

Als eine sehr wichtige Massnahme im wirtschaftlichen Bereich sollte die Möglichkeit eines Erlasses der im Zusammenhang mit der Militarisierung der Ukraine für das Land entstandenen Schulden diskutiert werden.

Die Situation in den seit neun Jahren am meisten leidtragenden, militärisch umkämpften und überwiegend russischsprachigen Gebieten bedarf aus meiner Sicht einer Speziallösung. Im Zentrum dieser Lösung soll die Meinung der in dieser Region lebenden Bevölkerung stehen. Ich vermute jedoch, dass viele Menschen aufgrund ihrer in den letzten neun Jahren gesammelten, persönlichen Erfahrungen eine starke Aversion gegen alle aktiven Konfliktparteien entwickelt haben. Ausserdem geht es nicht nur um eine einfache Durchsetzung der Interessen der absoluten Mehrheit, sondern um eine Lösung, die eine Versöhnung der Menschen in dieser Region ermöglichen sollte. Der Konflikt hat den Charakter eines Bürgerkriegs. Es geht vielmehr um Ansichten und Ideologie, und auf beiden Seiten kämpfen sowohl ethnische Russen als auch ethnische Ukrainer. Ausserdem wäre zurzeit eine schnelle Organisation eines wirklich demokratisch legitimierten Abstimmungsprozesses allein schon aus Migrationsgründen nicht möglich. Bereits seit 2014 sind mehrere Millionen Menschen

nach Russland geflohen. Unabhängig davon, ob sie das aus Überzeugung taten oder nur einfach den Schutz bei ihren russischen Verwandten suchten, werden sie aktuell in der Ukraine als Landesverräter angesehen. Auch bei den nach Westen Geflüchteten kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht in ihre Heimat zurückkehren würden, wenn ihre elementaren Grundbedürfnisse – insbesondere im Bereich der Sicherheit – missachtet werden. Besonders schlimm betrifft das die Kinder (allein in der EU leben zurzeit 450'000 Schulkinder, wobei nicht alle aus den militärisch umkämpften Regionen stammen). Keine Mutter würde ihr Kind in Gefahr bringen wollen. Und je länger ein Kind im Ausland bleibt, desto schwieriger ist eine Reintegration und desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Familie auf eine Rückkehr in die Heimat – im Interesse des Kindeswohls und meistens zu Lasten des Wohls der Erwachsenen – verzichten wird.

Es muss eine Lösung gefunden werden, die eine baldige Rückkehr der Menschen in ihre Heimat möglich macht, ohne sie durch die terroristischen Aktivitäten oder erneute Diskriminierung zu gefährden. Eine solche Lösung sehe ich in der temporären, international offiziell anerkannten Verselbständigung der umkämpften Region z. B. für einen Zeitraum von 50 Jahren. Nach Ablauf dieser Frist sollen die Menschen im Rahmen eines demokratischen Abstimmungsprozesses über die Wiedereingliederung in die Ukraine inkl. deren konkreten Ausgestaltungsform frei entscheiden dürfen.

In der Zwischenzeit muss die Region aufgebaut werden. Neben anderen Mitteln könnte dieser Aufbau z.B. auf Kosten der vom Westen eingefrorenen staatlichen Geldern der Russischen Föderation erfolgen. Auch solche Spezialmassnahmen wie z.B. die Einrichtung einer freien Wirtschaftszone könnten den Wiederaufbauprozess in der Region beschleunigen. Ganz wichtig wäre jedoch eine gezielte Förderung der funktionierenden, demokratischen Institutionen, die das erneute Aufblühen der Korruption verhindern könnten. Insbesondere soll die Verwaltung der Mittel und Vergabe aller Aufträge vollständig von den lokalen, demokratisch legitimierten Machtstrukturen erfolgen. Vielleicht braucht die Region eine Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen durch Berater, wobei die Priorität den Verträgen der sich im Konflikt bisher nicht diskreditierten Staaten eingeräumt werden sollte. Ich persönlich hätte bei der Gelegenheit stärker auf Instrumente der direkten Demokratie z.B. nach dem Schweizer Vorbild gesetzt. Für mich sind es die besten korruptionsbekämpfenden und friedensstiftenden Methoden.

Die Situation mit dem international anerkannten Status der Halbinsel Krim soll abschliessend geklärt werden. Für das Leben und insbesondere die Zukunft der Menschen in den eingefrorenen Konfliktregionen entstehen sehr viele Nachteile. Vielleicht kann im Rahmen der Verhandlungen auch bei anderen offenen Problemfällen ein Fortschritt erreicht werden (z.B. Transnistrien).